

Unterhaltsbeihilfe der Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen

1. Ab 1. Januar 2011 beträgt der Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe nach Art. 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes (SiGjurVD) vom 27. Dezember 1999 (GVBl S. 529) in der jeweils geltenden Fassung 1 046,52 € (ab 1. Januar 2012: 1 072,40 €; ab 1. November 2012: 1 088,49 €) im Monat.
2. Eine Ballungsraumzulage (Art. 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Alt. 2 SiGjurVD) wird Rechtsreferendaren und Rechtsreferendarinnen nicht gewährt, da der Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe den Anwärtergrenzbetrag des Art. 94 Abs. 3 Satz 4 überschreitet.
3. ¹Art. 3 Abs. 3 Satz 2 SiGjurVD bestimmt das auf die Unterhaltsbeihilfe anzuwendende Recht, gewährt jedoch selbst keine Leistungen, die über Art. 3 Abs. 1 Satz 2 SiGjurVD hinausgehen. ²Auslandsdienstbezüge nach Art. 38 stehen Rechtsreferendaren und Rechtsreferendarinnen daher nicht zu, da sie in der abschließenden Aufzählung des Art. 3 Abs. 1 Satz 2 SiGjurVD nicht enthalten sind.
4. Art. 76 (Anwärterbezüge nach Ablegung der Qualifikationsprüfung) findet auf die Unterhaltsbeihilfe entsprechende Anwendung.
5. ¹Entsprechende Anwendung findet Art. 80 (Anrechnung auf die Anwärterbezüge). ²Analog Nr. 80.1 erfolgt eine Anrechnung nur auf den Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe. ³Dem Rechtsreferendar bzw. der Rechtsreferendarin müssen mindestens 30 v.H. des Anfangsgrundgehalts der Eingangsbesoldungsgruppe als Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe verbleiben (Mindestbelassungsbetrag, vgl. Art. 3 Abs. 3 Satz 2 SiGjurVD, Art. 80 Abs. 1 Satz 2). ⁴Eingangsbesoldungsgruppe der Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen ist gemäß Art. 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SiGjurVD die Besoldungsgruppe A 13 + Zulage. ⁵Zur Berechnung des Mindestbelassungsbetrags wird auf die Nrn. 80.1.2 und 80.1.3 verwiesen.
6. Die Anrechnung nach Art. 3 Abs. 2 SiGjurVD erfolgt nur auf den Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe.
7. ¹Entsprechende Anwendung findet Art. 81 (Kürzung der Anwärterbezüge). ²Im Ergänzungsvorbereitungsdienst kann daher der Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe bis

auf 30 v.H. des Grundgehalts herabgesetzt werden, das einem Beamten bzw. einer Beamtin der entsprechenden Qualifikationsebene in der ersten Stufe zusteht (Mindestbelassungsbetrag). ³Zur Höhe des Mindestbelassungsbetrags vgl. Nrn. 80.1.2 und 80.1.3 und Nr. 5 dieser Anlage. ⁴Zur Kürzungsquote wird auf Nr. 81.1.1 hingewiesen.

- 8.** Die Unterhaltsbeihilfe wird gemäß Art. 3 Abs. 3 Satz 1 SiGjurVD im Nachhinein, d. h., am letzten Tag des jeweiligen Monats gezahlt.